

Beschluss des Landrats vom 19.11.2020

Nr. 635

17. Natürlich BL: Konsequenz trennen statt nutzlos verbrennen

2018/830; Protokoll: mko, pw

Kommissionspräsident **Thomas Noack** (SP) führt aus, dass mit dem Postulat der Landrat den Regierungsrat damit beauftragt hatte, zu prüfen, wie sich eine getrennte Sammlung von Abfall im öffentlichen Raum konsequent umsetzen liesse. Er solle Bericht erstatten über mögliche Massnahmen, Kosten und einen Zeitplan für die Realisierung. Der Regierungsrat wies in seiner Antwort zunächst darauf hin, dass die Sammlung von Siedlungsabfall Sache der Gemeinde sei und dass auch die Sammlung von Abfall im öffentlichen Raum unter das Entsorgungsmonopol falle. Im öffentlichen Raum gibt es heute kein einheitliches Sammelsystem. Einzig für das PET-Recycling seien separate Systeme auch im öffentlichen Raum aufgestellt.

Gemäss einer Studie des BAFU könnte heute rund ein Fünftel des Abfalls, der im privaten Abfallsack landet und dann in der Kehrrichtverbrennungsanlage verbrannt wird, stofflich weiterverwendet werden. Dabei handelt es sich vor allem um Papier, Karton und Lebensmittelabfälle. Vergleichbare Studien für die Abfallsammlung im öffentlichen Raum gibt es gemäss Bericht der Regierung nicht. Im Schnitt werden im Baselbiet heute rund 300 Kilo Abfall pro Person aus den Haushalten in der KVA verbrannt. Im öffentlichen Raum gibt es nochmals etwa 5 bis 10 Kilo pro Person, die von Gemeinden im Zusammenhang mit Littering eingesammelt und ebenfalls in der KVA verbrennt werden. Je nach Standort handelt es sich dabei vor allem um Verpackungsabfälle aus dem Verpflegungsbereich. Diese haben das Problem, dass sie ausser Zeitungen und Glas teilweise nicht eindeutig einer Abfallfraktion zugeordnet werden können und häufig verschmutzt sind. Die gesammelten Wertstoffe sind aber nur dann gut verwertbar, wenn sie unverschmutzt und gut trennbar sind.

Zusammengefasst sei eine flächendeckende Abfalltrennung aus dem öffentlichen Raum aus fachlicher Sicht nicht zu empfehlen. Aus pädagogischen Gründen und aus Gründen der Sensibilisierung könne es aber durchaus Sinn machen, an ausgewählten Orten mit grosser Kundenfrequenz den Abfall zu trennen und zu sammeln, wie das auch in einem Pilotversuch in der Stadt Bern erfolgreich gemacht wurde.

Die Kommission war mit dem Bericht zufrieden, diskutierte ihn aber sehr ausführlich und erhielt von der Verwaltung sehr kompetente Auskünfte auf ihre Fragen. Im Besonderen verlangte sie vertiefte Auskünfte über die Pilotversuche in Bern und Basel, aber auch über die Verbrennung der Abfälle in der KVA. Anhand der Antworten auf die Fragen erläuterte die Verwaltung gut, dass es nicht sinnvoll sei, den Abfall im öffentlichen Raum systematisch getrennt einzusammeln. Der Aufwand sei dafür viel zu hoch im Vergleich zu den Mengen. Ausserdem sei der verwertbare Anteil aus bereits genannten Gründen gering. Die Verwaltung berichtete ausführlich über die Pilotversuche in Bern und Basel. In Bern habe es gut funktioniert, weil die Orte geeignet waren, in Basel am Rheinufer funktionierte es hingegen nicht so gut. Weiter wurden Fragen zur Verbrennung in der KVA Basel gestellt. Diese sei sehr effizient, vor allem, weil sie auf die Nutzung der Abwärme zwecks Fernwärme ausgelegt sei. Die Menge der Abfälle aus der öffentlichen Sammlung sei jedoch im Vergleich zu den privaten Abfällen eher klein. Auch wenn dort konsequent getrennt werde, bedeute dies nur einen kleinen Verlust auf die Wärmeproduktion. Der Kommission war es aber wichtig, dass die Verwaltung aus pädagogischen Gründen und zur Erhöhung der Sensibilität auf die Gemeinden und die Transportbetriebe zugeht, damit an einzelnen geeigneten Orten mit grosser Publikumsfrequenz Trennsammelstationen aufgestellt werden können.

Die UEK stimmte mit 12:1 Stimmen für die Abschreibung des Postulats.

– *Eintretensdebatte*

Ursula Wyss Thanei (SP) dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Standortbestimmung. Die Notwendigkeit, Abfall zu trennen und Wertstoffe zu rezyklieren, ist unbestritten. Würde der Siedlungsabfall noch konsequenter getrennt, könnte auf eine Kehrichtverbrennungsanlage in der Grösse derjenigen im Kanton Basel-Stadt verzichtet werden. Das Postulat bezieht sich auf den Abfall aus dem öffentlichen Raum, wo nur ein kleiner Teil des gesamten Abfalls anfällt. Der Unterhalt und der Betrieb der Abfallstandorte sind sehr aufwändig, die Gründe dafür hat der Kommissionspräsident ausgeführt. Auch wenn der Aufwand und die Kosten gegen eine Abfalltrennung im öffentlichen Raum sprechen, ist es dennoch wichtig, dass die Bevölkerung immer wieder auf die Abfalltrennung aufmerksam gemacht wird. Dies insbesondere deshalb, weil es bei der Trennung des heimischen Abfalls noch Luft nach oben gibt. Die SP-Fraktion hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Kanton sich bereits mit grösseren Gemeinden in Verbindung gesetzt hat und dort nun Standorte für Abfalltrennstationen nach dem Vorbild der Stadt Bern geprüft werden. Die SP-Fraktion unterstützt die Abschreibung einstimmig.

Urs Schneider (SVP) stellt fest, in der Schweiz finde eine sinnvolle Trennung des recycelbaren Abfalls statt. Das ist wichtig und absolut nötig. Glas, PET, Papier, Eisen und Altholz werden sinnvoll getrennt und weiter verarbeitet. Die Trennung findet in erster Linie in den Haushalten statt. Dass im öffentlichen Raum noch Handlungsspielraum besteht, ist unbestritten. Pilotversuche mit Trennsystemen im öffentlichen Raum in diversen Städten zeigen aber, dass es schwierig ist und die Versuchsauswertungen nicht überall befriedigend sind. In den allermeisten Fällen wurden die Versuche eingestellt. Die Abfallbeseitigung ist vor allem eine Gemeindeaufgabe, was den Handlungsspielraum des Kantons einschränkt. Auch Urs Schneider produziert Abfall; sollte er diesen mal nicht konsequent trennen, kann er sein persönliches Gewissen damit beruhigen, dass dieser Abfall zumindest in der effizientesten Kehrichtverbrennungsanlage der Schweiz verbrannt und nicht irgendwo hin verschifft wird, um anschliessend in einem anderen Land auf einer Müllhalde deponiert zu werden. Die SVP-Fraktion ist für Abschreibung.

Stephan Ackermann (Grüne) sagt, die Grüne/EVP-Fraktion sei geschlossen für Abschreiben und kann sich der Vorrednerin und dem Vorredner anschliessen. Der Vorstoss hätte auch direkt durch die Kommission abgeschrieben werden können.

Stephan Burgunder (FDP) kommt auf die Zuständigkeit der Gemeinden zu sprechen. In Pratteln zeigt sich, dass viel mehr Abfall neben den Kübeln im öffentlichen Raum landet als in den Kübeln. Der Abfall neben den Kübeln wird gesammelt und im Nachhinein sauber getrennt. Es ist wichtig, das Littering zu verhindern. In Pratteln finden diesbezüglich verstärkte Kontrollen statt und fehlbares Verhalten wird gebüsst. Die Abfallsünder haben jeweils diverse Ausreden für ihr Verhalten, aber es hat noch nie einer gesagt, dass er den Abfall richtig entsorgt hätte, wenn es eine Abfalltrennmöglichkeit gegeben hätte. Die Verantwortung soll bei den Gemeinden belassen werden. Littering zu vermeiden ist viel effizienter, als das in Kübeln Gesammelte zu trennen.

Markus Dudler (CVP) sagt, die Kommissionsberatung habe gezeigt, dass die Forderung des Postulats nicht 1:1 umgesetzt werden kann, weil das Verhältnis von Aufwand und Ertrag nicht stimmt. Die Aufforderung, den trennbaren Müll mit nach Hause zu nehmen, wäre aus Sicht der CVP/glp-Fraktion zielführender. Eine Informationskampagne und Hinweise bei den Abfallkübeln könnten ins Auge gefasst werden. Es spricht aber auch nichts dagegen, punktuell spezielle Sammeleinrichtungen zur Verfügung zu stellen, beispielsweise für Gratiszeitungen an Tramhaltestellen. Die CVP/glp-Fraktion spricht sich für Abschreibung aus.

Marco Agostini (Grüne) würde sich selbst nicht mehr verstehen, würde er nichts dazu sagen. Seine Freizeitbeschäftigung ist allseits bekannt. Das Littering und der damit einhergehende Reinigungsaufwand sind enorm. Hier fehlt auch ein wenig die Unterstützung der Gemeinden. Dazu eine Idee, die vielleicht umgesetzt werden könnte: Der Regierungsrat möchte eine Lenkungsabgabe für die Lagerung von Deponieabfällen einführen. Der Redner hat diesbezüglich die Idee, dass die Abgabe an die Gemeinden zurückgegeben wird, damit diese in die Vermeidung und die Reinigung von Littering investiert wird. Jedes Gramm Aluminium und Glas weniger, das in der Verbrennungsanlage landet, ist ein Gramm Schlacke weniger, das letztlich in den Deponien landet.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 70:2 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat 2018/830 abgeschrieben.
